



# DER KLIMAWANDEL UND DIE GROSSE TATENLOSIGKEIT

Neue gewerkschaftliche Perspektiven



Cornell University  
ILR School

**THE WORKER INSTITUTE**  
ADVANCING WORKER RIGHTS AND COLLECTIVE REPRESENTATION



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE

## Inhaltsverzeichnis

### Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit

#### Neue gewerkschaftliche Perspektiven

Warschau: Ende eines Anfangs.....	2
Die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und der Kyoto-Prozess.....	3
Marktgläubigkeit.....	4
Arbeitsplätze, gerechter Übergang, Sozialdialog.....	5
Green Economy und UN-Umweltprogramm (UNEP).....	6
Große Rezession und Grüne Alternative.....	7
Wissenschaft und Solidarität.....	8
„Target Practice“: die AFL-CIO.....	9
Das Fiasko von Kopenhagen – und wie es weiterging.....	10
Entwicklungsländer-Emissionen.....	11
Das Emissionsdefizit.....	12
Die Notwendigkeit eines programmatischen Neuansatzes.....	13
Die Krise der „ökologischen Modernisierung“.....	14
Die Gewerkschaften und der Neue Diskurs.....	16
„Systemwandel“ braucht Gewerkschaften.....	18
Nachweise.....	20

Das vorliegende Papier wurde von Sean Sweeney erarbeitet.

Veröffentlicht durch Trade Unions for Energy Democracy (TUED), in Zusammenarbeit mit dem New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Global Labor Institute an der Cornell University, Februar 2015.

Mit Unterstützung des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Titelbild: Nicolas Raymond, [www.freestock.ca](http://www.freestock.ca)

Dieses Papier gibt die Auffassungen seines Autors Sean Sweeney wieder. Die hier geäußerten Meinungen stimmen nicht unbedingt mit den Standpunkten und Strategien der an TUED beteiligten Gewerkschaften überein. Es handelt sich um ein Angebot zur Diskussion und Debatte.

Die Trade Unions for Energy Democracy (TUED) treten als eine weltweite multisektorale Initiative dafür ein, die demokratische Steuerung und Kontrolle im Energiebereich derart auszubauen, dass sie Problemlösungen für Klimakrise und mangelnde Energieversorgung fördern, Land und Leuten zugefügte Schäden überwinden und den Angriffen auf die Rechte der Arbeitenden und auf Arbeitsschutzstandards entgegenwirken.

# Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit

## Neue gewerkschaftliche Perspektiven

Dieses Papier wurde für Gewerkschaften und Gewerkschafter geschrieben, die womöglich eben erst angefangen haben, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, und die vielleicht im Hinblick auf die Rolle der Gewerkschaften mehr darüber wissen möchten, „was bisher geschah“. Es richtet aber auch den Blick nach vorn, in die Zukunft, um Diskussionen anzustoßen, die Gewerkschaften bei der Entwicklung von Ideen und Vorschlägen helfen können, deren Überzeugungskraft das Engagement der Mitglieder und ihren Klimaschutz-Aktivismus stärken kann. Es bedarf dringend einer weltweiten Bewegung, die sich für sofortiges und wirkungsvolles Handeln in Sachen Klimawandel einsetzt, und Gewerkschaften können dabei eine wichtige, möglicherweise ausschlaggebende Rolle spielen. Zur Herausbildung einer solchen Bewegung ist allerdings unter anderem auch eine Bestandsaufnahme dessen erforderlich, was aus früheren Bemühungen gelernt wurde. Das gilt für die Ebene der Praxis ebenso wie für die der Ideen und zentraler theoretischer Annahmen.

Das vorliegende Papier fasst vor allem die UN-Ebene ins Auge, weil dort das Niveau gewerkschaftlicher Aktivitäten bemerkenswert hoch ist und es verdient, genauer untersucht zu werden. Im Folgenden wird sich zeigen, dass die Klimapolitik der internationalen Gewerkschaftsbewegung in eine Sackgasse geraten ist – was auch für andere Bewegungen gilt, die für ein globales Klimaabkommen gekämpft haben und erleben mussten, wie ihre Hoffnungen platzten. Das Problem lässt sich allerdings nicht darauf reduzieren, dass die falsche

Richtung eingeschlagen wurde oder dass die falschen Leute zur falschen Zeit an den Hebeln der Macht saßen. Es ist das Konzept der „Grünen Ökonomie“, auf das die Gewerkschaften sich in Sachen Klimawandel und Nachhaltigkeit gestützt haben, das an seine politischen Grenzen stößt. Auf UN-Ebene ist das offenkundig, aber trotz einer oder zwei Ausnahmen zeigt es sich auch auf nationalstaatlicher Ebene immer deutlicher. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaftsweise, den der weiter blickende Flügel des politischen und privatwirtschaftlichen Establishments einst für unausweichlich hielt, erscheint mittlerweile schon fast unmöglich.<sup>1</sup>

Untersucht man, wie Gewerkschaften sich im Laufe der Zeit zum UN-Klimaprozess verhalten haben, so zeigt sich in der gewerkschaftlichen Diskussion eine denkwürdige Akzentverschiebung gegenüber den 1990er Jahren, zu deren Beginn die neoliberale Globalisierungsbewegung den „Triumph des Marktes“ feierte. Während der neoliberale Kapitalismus damals Gewerkschaften quasi als Fußabtreter behandeln konnte, sind heute die Auswirkungen der Großen Rezession (und der Mangel an Arbeitsplätzen) in vielen Teilen der Welt allzu augenfällig. Natürlich werden die Gewerkschaften immer noch angegriffen, und sie stecken nach wie vor in der Defensive. Doch in den letzten Jahren haben sie gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen begonnen, die politische Ökonomie des Kapitalismus grundsätzlicher in Frage zu stellen, und zwar sowohl im Hinblick auf Klima- und Umweltfragen als auch in sozialökonomischer Perspektive. Lassen die systemischen, jeglicher Nachhaltigkeit abträg-

lichen Eigenschaften des Kapitalismus – insbesondere seine Schrankenlosigkeit, was Wachstum, Kapitalakkumulation und Konsum betrifft – sich seitens der Politik überhaupt wirksam beeinflussen? Angesichts der „großen Tatenlosigkeit“, mit der die Führer dieser Welt dem Klimawandel begegnen, ist genau das zwangsläufig die Schlüsselfrage, die in den vor uns liegenden Jahren ins Zentrum der gewerkschaftlichen Debatte gehört.

### **Warschau: Ende eines Anfangs**

Es war am 21. November 2013, als die internationale Gewerkschaftsdelegation zusammen mit anderen wichtigen NGOs demonstrativ das Tagungszentrum der UN-Klimaverhandlungen in Warschau verließ – ein Akt des Protestes und Ausdruck tiefer Frustration angesichts ausbleibender Fortschritte und des Mangels an Ambition und Aufrichtigkeit, der seit dem katastrophal verlaufenen UN-Treffen in Kopenhagen Ende 2009 die Verhandlungen gekennzeichnet hatte. Trotz jahrelanger, scheinbar endloser Beratungen hatte der UN-Klimaprozess ein neues Weltabkommen, das das jetzt ausgelaufene Kyoto-Protokoll ablösen sollte, nicht zustande gebracht. Sicher, jeder größeren Konferenz folgen mittlerweile regelmäßig Beteuerungen, man habe Fortschritte in Richtung einer „Zweiten Verpflichtungsperiode“ erzielt, doch das ändert nichts an den Fakten: Die Emissionen nehmen weiter zu, und die CO<sub>2</sub>-Werte liegen derzeit um 60 Prozent über dem Stand von 1990 – Statistiken, die einem den Atem verschlagen, wenn man die planetarischen Konsequenzen bedenkt.<sup>2</sup> Die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC oder, amtsdeutsch, Internationaler Ausschuss für Klimaänderungen)<sup>3</sup> vorgelegten Szenarien zur Emissionsverminderung – wonach es bis 2050, gemessen an den Werten von 2000, einer Reduzierung um 85 Prozent bedarf, wenn die Erderwärmung 2 bis 2,4 Grad Celsius nicht übersteigen soll – sind von der politischen

Wirklichkeit heute ebenso weit entfernt wie irgendwann sonst, seit die UN-Klimaverhandlungen vor über 20 Jahren begannen.

In den Gewerkschaften erkennt man mittlerweile, dass man einen neuen Kurs einschlagen muss – einen Kurs, der sowohl die Mobilisierung der eigenen Mitglieder als auch die Schaffung neuer Bündnisse mit sozialen Bewegungen ansteuert, die Grundwerte und wesentliche Ziele der Gewerkschaftsbewegung teilen. Niemand plant, die Verhandlungen als solche aufzugeben. An COP 20 in Lima und COP 21 in Paris will man „von innen“ mitwirken, wenn auch ohne hohe Erwartungen. Die Absicht ist vielmehr, die nationalen Regierungen vermehrt öffentlichem Unmut und Zorn auszusetzen, der diese zwingen soll, endlich ernsthaft gegen die Klimakrise vorzugehen. In diesem Sinne fordert die weltweit wichtigste Organisation der Arbeiterbewegung, der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB oder, englisch, ITUC), die nationalen Mitgliedsverbände dringend zur Mitwirkung daran auf, dass bis Ende 2015, wenn die Unterhändler der Staaten in Paris zusammenkommen, massenhafte Unterstützung für ein verbindliches und anspruchsvolles globales Klimaabkommen mobilisiert wird. Gleich nach dem Auszug aus der Warschauer Konferenz hatte Sharan Burrow, die Generalsekretärin des IGB, erklärt: „Was hier passiert ist, wird zu weltweiter Entschlossenheit führen und damit das Fundament für eine von den Menschen ausgehende Klimaschutzbewegung legen.“<sup>4</sup>

Die Hinwendung zu einer Strategie des „Drucks von unten“ konfrontiert die Gewerkschaften allerdings mit unübersehbaren Herausforderungen. Länger als ein Jahrzehnt haben sie sich auf gezielte Lobbyarbeit konzentriert. Dazu bedurfte es der Hingabe und der Zähigkeit einiger Dutzend Gewerkschaftsvertreter unter der Regie des IGB und seiner Regionalverbände sowie der Mitwirkung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) oder der Global

Union Federations (GUFs), nationaler Gewerkschaftsdachverbände und von Einzelgewerkschaften. Das Hauptziel dieser Bemühungen war eindeutig: die Berücksichtigung grundlegender Arbeitnehmerinteressen und -sorgen bei der Formulierung eines neuen globalen Klimaschutzabkommens in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls. Hätten diese Bemühungen Erfolg gehabt, wäre das im Rahmen des heutzutage unternehmerdominierten globalen Diskurses keine Kleinigkeit gewesen. Es hätte das Ringen der Gewerkschaften um Mitsprache bei den klimapolitischen Weichenstellungen ihrer jeweiligen Regierungen stärker legitimiert. Doch „Arbeitnehmerklauseln“ in einem neuen Klimaschutzabkommen sind wertlos, wenn es zu einem solchen Abkommen gar nicht kommt. Genau darin besteht das Problem. Die neue Richtung, die der IGB einschlagen will, wird den nationalen Dachverbänden und Einzelgewerkschaften so oder so ein wesentlich breiter angelegtes und tiefergehendes Engagement abverlangen.

Dass die eingetretene Situation veränderte Methoden und Taktiken erfordert, ist unbestreitbar. Genauso erfordert sie aber auch eine strategische und programmatische Neuorientierung. Der IGB und seine tragenden Mitgliedsgewerkschaften im globalen Norden betrachten Sozialpartnerschaft und sozialen Dialog noch immer als die charakteristischen Merkmale einer „modernen“ Gewerkschaftspolitik. Diese Orientierung basiert zum Teil auf der Entwicklung der Europäischen Union, die 1957 in Rom in ihrem Gründungsvertrag Dialog und Partnerschaft als Kernprinzipien verankerte (Artikel 118 B). Der Sozialdialog entspricht in gewisser Hinsicht der sozialdemokratischen Grundannahme vom Primat der Politik über die Märkte und dem Glauben, dass die gesellschaftlichen Akteure „die Dinge regeln“ können. Gewerkschaftliche Prioritäten – wie Kollektivverträge und soziale Solidarität – gelten aus diesem Blickwinkel als Markenzeichen einer modernen, effektiven und dynamischen

Wirtschaftsweise und nicht etwa als Überbleibsel eines vergangenen Zeitalters.

Doch die „große Tatenlosigkeit“ in Sachen Klimawandel demonstriert nur einmal mehr, dass die Orientierung auf sozialen Dialog und Sozialpartnerschaft durch ein neues gewerkschaftliches Narrativ ersetzt werden muss, das sich auf Bewegungs- und Bündnispolitik konzentriert, verbunden mit einer auf Wirtschaftsdemokratie und Volksmacht basierenden neuen Agenda und Programmatik.

### **Die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und der Kyoto-Prozess**

Themen wie Klimawandel und Nachhaltige Entwicklung fanden Anfang der 1990er Jahre zunehmende Aufmerksamkeit. Die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro – bekannt als der erste „Erdgipfel“ – setzte einen wichtigen Meilenstein. Die UN-Klimarahmenkonvention von 1992 bewirkte erste Schritte zur Schaffung der politischen Architektur, deren es auf globaler Ebene bedarf, um die Treibhausgas-Konzentrationen in der Erdatmosphäre (hauptsächlich von CO<sub>2</sub>) auf einem Niveau zu stabilisieren, das „gefährliche Störungen“ des Klimasystems verhüten soll.

1995 trat in Berlin COP 1, die erste „UN-Vertragsstaatenkonferenz“ (Conference of the Parties) zusammen – wobei unter „Parties“ die Signatarstaaten der Klimarahmenkonvention zu verstehen sind. Nach intensiven Verhandlungen verständigten sich dann 1997 die Delegierten der Kyoto-Konferenz (COP 3) auf ein Protokoll, das die entwickelten Industrieländer verpflichtete, ihren Ausstoß an Treibhausgasen auf zahlenmäßig festgelegte Zielgrößen zu reduzieren. Diese reicheren Länder, die in der Klimarahmenkonvention als „Anhang-1-Parteien“ bezeichnet werden, verpflichteten sich ihrerseits, die Gesamtemissionen ihrer Länder-

gruppe bis 2012 um mindestens 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken.

Zu den fortschrittlichen Elementen des Kyoto-Prozesses zählte das „equity“- oder Gerechtigkeitsprinzip, das den entwickelten Industriestaaten schwerere Lasten auflud, indem es „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten“ festlegte. Damit wurde anerkannt, dass es zwar in der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten liegt, sich mit Klimawandel und Emissionsniveaus zu befassen, gleichzeitig aber die Verantwortung mancher Staaten größer ist als die anderer – so wie auch die Fähigkeiten, dem Problem zu Leibe zu rücken, unterschiedlich verteilt sind. Die reichen Länder haben gegenwärtig mehr als 60 Prozent der jährlichen Emissionen zu verantworten, obwohl doch nur 20 Prozent der Weltbevölkerung in diesen Ländern leben. Was die kumulativen Emissionen angeht, die den Klimawandel heute und noch auf mindestens hundert Jahre hinaus bewirken, so sind die reichen Länder sogar für 80 Prozent verantwortlich. Die Vereinigten Staaten beispielsweise haben seit 1950 einen Gesamtausstoß von rund 50,7 Mrd. Tonnen Kohlendioxid akkumuliert, während China (mit einer 4,6 mal größeren Bevölkerung) und Indien (mit 3,5 mal mehr Einwohnern) lediglich 15,7 bzw. 4,2 Mrd. Tonnen emittierten.<sup>5</sup>

Klimarahmenkonvention und Kyoto-Prozess basierten auf der Annahme, dass als Reaktion auf den Klimawandel Emissionsreduktionen der alten Industriestaaten erforderlich sind, während die Entwicklungsländer zunächst die Entwicklung ihrer Emissionen unter Kontrolle bringen sollten, um diese dann ebenfalls längerfristig zu vermindern. Anerkannt wurde auch, dass die Industriestaaten Verantwortung dafür tragen, die Entwicklungsländer bei der Bewältigung dieser Aufgabe durch den Transfer emissionsarmer Technologien und Finanzhilfen zu unterstützen. Dieser Logik zufolge sind die reichen Nationen den armen

gegenüber „ökologisch verschuldet“, weil viele der letzteren schon jetzt unter den Folgen der Erderwärmung zu leiden haben, etwa durch Dürrekatastrophen, Monsunregen und Krankheiten.

## Marktgläubigkeit

Der UN-Klimaprozess entstand, wie bereits erwähnt, in der Zeit des Triumphes des Marktes, gleich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa, einer Entwicklung, die neoliberalen Reformen wie der Finanzmarktderegulierung, Privatisierungen und der Abschaffung von Arbeitsschutzbestimmungen gewaltige Schubwirkung verschaffte. Die Klimadebatte wurde deshalb auf globaler Ebene von neoliberalen Ideen und marktorientierten Vorschlägen geradezu überschwemmt. Die drei „Kyoto-Mechanismen“, die als Mittel erleichterter Emissionsverminderung vorgeschlagen wurden, tragen einen unverkennbar neoliberalen Stempel. Da die reichen Staaten es regelmäßig versäumen, ihre Auslandshilfeverpflichtungen zu erfüllen, gab man die Kyoto-Mechanismen auch als Mittel zur Mobilisierung gewaltiger Kapitalmassen aus. Zudem sollten dabei auch private Gewinne abfallen, so dass der Markt seine Wunder wirken könne. Der erste und wichtigste dieser Mechanismen ist der internationale Emissionsrechtehandel (englisch abgekürzt IET und oft als *carbon trade* oder CO<sub>2</sub>-Handel bezeichnet), hinzu kommen der Clean Development Mechanism (CDM, deutsch: Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) und die Joint Implementation (JI, deutsch: Gemeinschaftsreduktion) Diese Mechanismen im Detail zu erklären, würde den Rahmen unseres Papiers sprengen, es muss aber betont werden, dass die Gewerkschaften weder den Mechanismen als solchen, noch den zugrunde liegenden ideologischen Annahmen wirklich etwas entgegenzusetzen hatten.

## Arbeitsplätze, Gerechter Übergang und Sozialdialog

Die Gewerkschaften schalteten sich erst in den Prozess ein, als es die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) schon gab und die Verhandlungen um die Kyoto-Protokolle bereits liefen. Statt sich damit aufzuhalten, die Probleme eines vorwiegend marktgestützten Umgangs mit Emissionsverminderung und Klimaschutz allgemein herauszustellen, zogen sie es bei den Verhandlungen vor, eine klar und positiv formulierte Gewerkschaftsposition einzubringen. Im Einklang mit der gewerkschaftlichen Grundorientierung auf Nachhaltigkeit pochten ihre Vertreter auf die „soziale Dimension“, die bei einer Zustimmung etwa zu CDM- und JI-Vorhaben berücksichtigt werden müsse. Darüber hinaus drängten die Gewerkschaften darauf, dass die Erlöse aus dem Emissionshandel und anderen Finanzinstrumenten zuverlässig der Nachhaltigkeitsförderung zufließen. Sie riefen dazu auf, einen gesellschaftlichen Klimaschutz-Konsens zu schaffen, der Unternehmen, Regierungen und Gewerkschaften zusammenführt. Bezeichnenderweise kamen die wenigen Gewerkschaften, die an den UN-Konferenzen teilnahmen, zumeist aus Europa, wo die Prinzipien von Sozialdialog und Sozialpartnerschaft im Zentrum der Gewerkschaftspolitik stehen, sowohl auf EU-Ebene als auch in weltweiten multilateralen Prozessen.

Bei den ersten COPs bestand ein Hauptproblem der Gewerkschaften darin, sich in einem Raum voll anderer Akteure – Unternehmen und NGOs ebenso wie Regierungsvertreter – überhaupt Gehör zu verschaffen. Und obwohl die gewerkschaftliche Beteiligung seitdem ex-

ponentiell gewachsen ist, besteht das Problem auch heute noch. Bis 2003 lag die Anzahl der gewerkschaftlichen Teilnehmer an COP-Treffen im einstelligen Bereich, wobei es hauptsächlich darum ging, die Gespräche zu verfolgen und Informationen zu sammeln. Bei COP 4 in Buenos Aires (1998) jedoch präsentierte die Vorgängerorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG oder ICF-TU) zusammen mit dem Gewerkschaftlichen Beratungskomitee [Trade Union Advisory Committee] bei der OECD eine Erklärung, die eine stärkere Berücksichtigung der positiven wie der negativen Beschäftigungseffekte unterschiedlicher Szenarien der Emissionsreduktion forderte. Der Erfolg der Reduktionsstrategien, hieß es darin, werde von der Bereitschaft der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber abhängen, sich für einvernehmlich festgelegte Reduktionsziele an den Arbeitsstätten einzusetzen, sowie überall in der Welt politische Unterstützung für andere Maßnahmen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich zu mobilisieren. Wenn diese Partnerschaft zustandekommen solle, hieß es weiter, müssten die Arbeitnehmer darauf vertrauen können, dass ihre Existenzgrundlage nicht gefährdet wird. Die Gewerkschaften begannen deshalb, die Notwendigkeit eines „Gerechten Übergangs“ und entsprechender Strategien zu betonen, um negativen Beschäftigungseffekten infolge von Klimaschutzmaßnahmen entgegenzuwirken. Sie stellten heraus, dass Maßnahmen zur Einkommenssicherung, Wiederbeschäftigungsangebote, Aufklärung und Umschulung erforderlich seien – all dies im Rahmen eines Sozialdialogs auf allen Ebenen. Derartige Maßnahmen würden, so hieß es, Widerstände ge-

*„Was nun? Wenn die Staaten nicht führen wollen, wo Führung erforderlich ist, müssen eben die Menschen die Führungsrolle übernehmen. Wir brauchen eine weltweite Graswurzelbewegung, die sich des Klimawandels und seiner Auswirkungen annimmt.“*

Kofi Annan, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen

gen den Klimaschutz von Seiten der Beschäftigten abbauen und dazu beitragen, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaften mitwirken und sich ebenfalls für Klimaschutzziele einsetzen.<sup>7</sup>

Bei COP 12 in Nairobi (2006) betonten Gewerkschaftsvertreter besonders die Rolle, die Initiativen zur Emissionsreduzierung auf Arbeitsplatzebene spielen können, darunter zwischen Gewerkschaft und Management vereinbarte „Zielvorgaben, Überwachung, Aufzeichnung und Umsetzung“ betreffend in Verbindung mit Kollektivverträgen und anderen partnerschaftlichen Sondervereinbarungen. Die Gewerkschaften forderten verstärkte Aktivitäten bei der Energieeinsparung, bei Effizienzstandards für Fahrzeugtreibstoffe, „grüne“ Bauverfahren und -vorschriften sowie effizientere Kohlekraftwerke. Zugleich forderten sie „Investitionen in einen Mix aus sauberen, grünen und nachhaltigen Energiequellen“, in nachhaltige Formen der Energie- und Elektrizitätserzeugung. Dazu zählen Wind- und Sonnenenergie, einige Biomasse-Arten, Mikro-Hydroenergie und – besonders für Übergangszwecke – „saubere Kohle“, Fahrzeuge mit fortschrittlicher Technologie (auch im öffentlichen Transportwesen) sowie Erdgas. Gewerkschaftsvertreter riefen zur Entwicklung neuer Technologien auf, beispielsweise zur Kraft-Wärme-Kopplung (englisch CHP) sowie zur Kohlenwasserstoff-Abscheidung und -Speicherung in Kraftwerken und CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien.<sup>8</sup>

Im Jahr 2007 gab der Europäische Gewerkschaftsbund eine eigene Untersuchung dazu in Auftrag, wie durch Klimaschutzmaßnahmen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und welche wichtige Rolle Berufsausbildung und Qualifizierung beim Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen EU-Wirtschaft spielen. Die Studie kam zu dem Schluss, dass Klimaschutzmaßnahmen sich unter dem Strich beschäftigungspolitisch positiv auswirken.<sup>9</sup> Die Themen Arbeitsplätze und „Gerechter Übergang“ standen also während dieser ersten Phase für die Gewerkschaften

im Zentrum ihrer klimapolitischen Aktivitäten auf der Weltbühne. Im Einklang mit dem politischen Diskurs jener Zeit sprachen und handelten die Gewerkschaften so, als sei der Übergang zu einer Wirtschaftsweise mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß unausweichlich – schließlich hatte die Wissenschaft sich definitiv geäußert und zwischen Privatwirtschaft, Staaten und Zivilgesellschaft schien sich ein breiter Konsens herauszubilden, dass Maßnahmen zur Emissionsverminderung nicht nur dringend geboten, sondern auch ökonomisch vernünftig sind.

Bei COP 13 auf Bali (2007) war die Anzahl der Gewerkschaftsdelegierten auf 91 (aus 22 Ländern)<sup>10</sup> gestiegen, und aufgrund ihrer gewachsenen Präsenz erhielten die Gewerkschaften Beobachterstatus bei den Verhandlungen. Im Zentrum der gewerkschaftlichen Positionsbestimmung stand weiterhin die Beschäftigungsfrage. Beim Posener Folgetreffen 2008 (COP 14)<sup>11</sup> setzten die Gewerkschaftsvertreter sich für eine „Green Jobs Strategy“ ein und bekräftigten damit ihre Überzeugung, die Erfordernisse der Emissionsreduzierung könnten Beschäftigungschancen eröffnen, und zwar im Bereich der erneuerbaren Energien (Energiegewinnung aus Wind, Wellen und Gezeiten, Kraft-Wärme-Kopplung, solarthermische Kraftwerke) ebenso wie bei Fahrzeugen mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und bei der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung.<sup>12</sup> Zugleich forderten die Gewerkschaften weiterhin Schritte zur Ökologisierung der Arbeitsstätten [„greening the workplace“] und die Entwicklung einer neuen Arbeitsplatzkultur zur Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz. Der IGB betonte zudem, Gewerkschaften und Zivilgesellschaften müssten auf allen Entscheidungsebenen beteiligt werden.

### **Grüne Wirtschaft (Green Economy) und UN-Umweltprogramm (UNEP)**

Als die Gewerkschaften begannen, sich in den UNFCCC- und den Kyoto-Prozess einzuschal-



ten, intensiviert sich das Verhältnis zwischen ihnen und dem UN-Umweltprogramm (UNEP). Auf Initiative von Sustainlabour, der International Labour Foundation for Sustainable Development, organisierte UNEP 2006 zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB, damals IBFG) die Erste Gewerkschaftsversammlung zum Verhältnis von Arbeit und Umwelt in Nairobi.<sup>13</sup> 2007 startete das UN-Umweltprogramm dann gemeinsam mit IGB, ILO und IOE (dem Internationalen Arbeitgeberverband) die Green Economy Initiative.

Diese Partnerschaft entsprach den wesentlichen Positionen in Bezug auf Klima und Nachhaltigkeit, sowohl des IGB als auch der ILO, aber Status und Ausstrahlung des UN-Umweltprogramms – wie auch dessen politisch-konzeptionelle Gestaltungskraft – verstärkten die Resonanz dieser Positionen erheblich. Die Beteiligung der Arbeitgeberorganisation, der IOE, wirkte politisch dekorativ, war aber doch eher überflüssig. Aus dem UN-Umweltprogramm flossen auch ansehnliche Mittel in die Weiterbildung von Gewerkschaftern zu Schlüsselthemen wie Green Jobs und Gerechter Übergang. Durchgeführt wurden solche Bildungsmaßnahmen durch die bereits erwähnte Sustainlabour Foundation mit Sitz in Madrid, eine Einrichtung mit historischen Verbindungen zu Spaniens linkem Gewerkschaftsdachverband, den Comisiones Obreras.

2008 erwuchs aus der Partnerschaft eine wichtige Untersuchung über Grüne Arbeitsplätze im Weltmaßstab. Es handelte sich um ein 400 Seiten umfassendes Dokument unter dem Titel „Green Jobs: Towards Decent Work in a Sustainable and Low Carbon World“ („Auf dem Weg zu Guter Arbeit in einer nachhaltigen und CO<sub>2</sub>-armen Welt“), als dessen Autoren das Worldwatch Institute und das Cornell Global Labor Institute zeichneten, während UNEP für die Veröffentlichung sorgte.<sup>14</sup> Die Studie zeigt, wie durch energische Emissionsreduktionen auf wissenschaftlicher Grundlage und andere grü-

ne Initiativen Millionen neue Arbeitsplätze in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen geschaffen werden könnten, und zwar sowohl in der nördlichen wie in der südlichen Hemisphäre.<sup>15</sup> An die Regierungen erging der Appell, sich das Konzept der Grünen Ökonomie voll zueigen zu machen, wobei die Verfasser von der mittlerweile zweifelhaft gewordenen Annahme ausgingen, die Regierungen setzten sich ernsthaft für Vollbeschäftigung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein.

### **Große Rezession und Grüne Alternative**

Zu Beginn der Finanzkrise und der Großen Rezession von 2008-2009 verbreitete sich der Eindruck, jetzt habe die historische Stunde geschlagen, in der die Gewerkschaften und ihre Verbündeten noch energischer auf die Notwendigkeit grüner Investitionen und eines Grünen Übergangs als Gegenmittel gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard pochen könnten.<sup>16</sup> Anfang 2009 sprach der damalige australische Premierminister Kevin Rudd von einem „Regimewechsel“ und verkündete – im Stil des Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama – das Ende des neoliberalen Zeitalters. Eine neue Periode sozialdemokratischen Wirtschaftsdenkens stehe unmittelbar bevor.<sup>17</sup> UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und US-Präsident Obama sprachen wie auch andere führende Politiker offen von der Notwendigkeit eines „Green New Deal“.<sup>18</sup>

Im damaligen Verständnis der Gewerkschaften ging es bei Grüner Ökonomie vor allem um die wirtschaftsbelebende Wirkung grüner Investitionen, womit sie dem Projekt nachfrageorientierte und stärker keynesianistische Züge verliehen. Anders gesagt, stand das Projekt so ganz im Einklang mit der „Gesellschaftsvertrags“-Orientierung der Gewerkschaften in Nachkriegseuropa und -nordamerika. Der ILO eröffnete das Konzept der Grünen Ökonomie,

wie es schien, einzigartige Chancen, ihren ansonsten verblassenden Auftrag wiederzubeleben – gründete dieser doch in Tripartismus, Sozialem Dialog und Sozialpartnerschaft. Schritte wie die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in Australien, der grüne Wachstumspakt in Südafrika und die grünen Maßnahmen in Obamas Wirtschaftsbelebungs paket von 2009 fanden Beifall und galten als Anzeichen dafür, dass eine Periode des Grünen Keynesianismus bevorstehe. Die Entwicklung erneuerbarer Energien in Deutschland demonstrierte, wie „politische Steuerung, Regulierung und Investitionsmaßnahmen Kapital in die Grüne Ökonomie lenken und Arbeitsplätze schaffen können.“<sup>19</sup>

In Gewerkschaftskreisen bezog man sich auf die Green Economy zumeist in einer Sprache, die eine Wiederbelebung der Nachfrage, die Erzeugung „inklusive“ Wachstums und die Förderung des Sozialdialogs beschwor.<sup>20</sup> Beim Rio+20-Gipfel im Juni 2012 betonte eine Reihe von Gewerkschaften die Notwendigkeit durchgreifender finanzieller Regulierungsmaßnahmen, von Einschränkungen der Spekulation und Unterstützung der Realwirtschaft.<sup>21</sup> Diese im Grunde sozialdemokratische Version der Grünen Ökonomie bot einen konzeptionellen Rahmen, in dem sich für Arbeitnehmerrechte, Gute Arbeit, Gerechten Übergang, arbeitsplatzförderliches Wachstum, eine starke Rolle des Staates und des öffentlichen Sektors sowie die Notwendigkeit eines Sozialdialogs eintreten ließ, der den Grünen Übergang erleichtern, gerechter und sozialverträglich gestalten sollte.<sup>22</sup>

Die UNEP-Vorstellungen über Green Economy tendierten hingegen stets stärker dazu, sich auf Akteure aus der Privatwirtschaft zu stützen. Die Gewerkschaften galten aus UNEP-Sicht nur als einer von vielen „zivilgesellschaftlichen Partnern“. Zwar war man bereit, Mittel für gewerkschaftliche Bildungsmaßnahmen über Klimawandel, Umwelt und Nachhaltigkeit flüssig zu machen, doch die gewerkschaftlichen Anliegen gingen häufig in allgemeineren Vorstel-

lungen vom Grünen Wachstum unter. Als der Wind sich dann 2010-11 politisch nach rechts drehte und scharf gegen das grün-neokeynesianistische Narrativ blies, kehrte UNEP ziemlich mühelos zur Konzentration auf private Investoren und Markt zurück. Die UNEP-Vorstellungen waren und bleiben eher denen Lord Sterns verbunden, eines Hauptverfechters des Grünen Kapitalismus. Dieser hatte 2006 die bahnbrechende Untersuchung „The Economics of Climate Change: The Stern Review“ vorgelegt – den „Stern-Bericht“ über „die Ökonomie des Klimawandels“. Stern kam zu dem Schluss, die Herausbildung eines klimafreundlichen Grünen Kapitalismus hänge hauptsächlich davon ab, dass Kohlenwasserstoffemissionen mit einem politischen Preis belegt werden. Dies sei durch Emissionshandelsprogramme (nach der Devise „cap and trade“) zu erreichen, die mit der Zeit in einen weltweiten CO<sub>2</sub>-Markt münden würden.<sup>23</sup> Stern setzte auf „wirkungsvolle technologische Rahmenbedingungen zur Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten“. <sup>24</sup> Heute bläst UNEP in dasselbe Horn, nur lauter denn je, und erinnert jene, die noch zuhören, daran, dass „das Fenster für eine Bewältigung des Klimawandels sich sehr schnell schließt, gleichzeitig aber die Optionen kostengünstigen Handelns zahlreicher sind denn je.“<sup>25</sup>

## Wissenschaft und Solidarität

Während die Gewerkschaften in dieser Periode vor allem die beschäftigungspolitischen Vorzüge einer Grünen Ökonomie betonten, hatten sie schon bei COP 13 auf Bali die Bereitschaft gezeigt, sich auch zu einigen anderen Kernthemen der UN-Verhandlungen deutlicher zu positionieren, besonders – und besonders wichtig – zu den wissenschaftlich begründeten CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen, die der Weltklimarat, das Intergovernmental Panel on Climate Change, vorgeschlagen hatte.<sup>26</sup> Das IPCC war die wichtigste Informationsquelle der UN-Klimarahmenkonvention in wissenschaftlicher und technischer

Hinsicht gewesen. Unter Auswertung der Daten aus mehr als 2000 wissenschaftlichen Berichten hatte das IPCC 2007 seinen Vierten Sachstandsreport [Fourth Assessment Report] vorgelegt und die Hauptergebnisse auf Bali präsentiert. Mehrere tausend Delegierte waren dabei, als Dr. Rajendra Kumar Pachauri, der damalige IPCC-Vorsitzende, anhand einer Reihe von Referaten verdeutlichte, welche Veränderungen sich im Ergebnis des Klimawandels im Klima und in lebenswichtigen Ökosystemen der Erde vollziehen. Die ernüchternde Bilanz löste einen wahren Schwall kühner Redebeiträge und Aufrufe zum Handeln aus, verbunden mit Hinweisen auf gefährliche Umschlagpunkte, Klimaturbulenzen und den erforderlichen „politischen Willen“. Die Gewerkschaften unterstützten den von COP 13 beschlossenen offiziellen „Bali Action Plan“, der im Einklang mit den IPCC-Vorschlägen zu drastischen Maßnahmen der Emissionsreduzierung aufrief. Dem IPCC zufolge sollten die entwickelten Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 25-40 Prozent senken – ein gewaltiges Vorhaben. Bis COP 15 in Kopenhagen, beschloss man, sollte ein neues globales Abkommen verhandlungsreif sein, genau zwei Jahre nach Bali. Der IGB verstand Bali und die IPCC-Ziele als Schlachtruf zu „einem neuen gewerkschaftlichen Internationalismus“<sup>27</sup>, und der Europäische Gewerkschaftsbund brachte das Gefühl der Dringlichkeit, das die Gewerkschaftsvertreter bei COP 13 erfüllte, folgendermaßen auf den Punkt:

*Wir haben keine Zeit für den Luxus, zwei Jahre lang zu reden, bevor wir handeln. Wir hoffen, der auf Bali erreichte Konsens bedeutet den Übergang zu ernsthaften Maßnahmen weltweit. Die harte Arbeit muss jetzt beginnen.*<sup>28</sup>

### „Target Practice“: die AFL-CIO

Gewerkschaften, die sich heute stärker in Sachen Klimawandel engagieren wollen, müssen wissen, dass die IPCC-Ziele in der Gewerk-

schaftsbewegung eine Kontroverse entfachten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat konsequent für wissenschaftlich begründete Zielvorgaben und Klimastrategien gekämpft, die den IPCC-Zielen sowohl für 2020 wie für 2050 entsprechen. Aber das gilt nicht für alle Gewerkschaftsverbände. Der IGB musste sich während dieser Zeit gegen Pressionen (überwiegend von Mitgliedsverbänden der AFL-CIO) wehren, die 2020er Ziele zu verwerfen (siehe unten). Er tat dies – erfolgreich – mit der Begründung, anspruchsvolle Zielvorgaben sicherten die Grundlage für grüne Investitionen und grüne Arbeitsplätze. Eine wissenschaftsfreundliche Position ermöglichte es dem IGB auch, Solidarität mit den Gewerkschaften im globalen Süden und jenen Menschen zu praktizieren, die schon jetzt die Auswirkungen der Erderwärmung zu spüren bekommen.

Weshalb wehrten einige Gewerkschaften sich gegen diese Ziele? Für die AFL-CIO, die wohl führende Kraft der innergewerkschaftlichen Opposition, geht es vor allem um zwei Dinge: Wettbewerbsfähigkeit und Kohle. Dem Kyoto-Abkommen von 1997 hatte die AFL-CIO entschieden widersprochen, weil sie (ungeachtet enormer Unterschiede bei den Pro-Kopf-Emissionen) glaubte, ein Vertrag müsse scheitern, wenn er den Vereinigten Staaten Emissionsvermindierungen abverlangt, die für industrielle Konkurrenten wie China nicht gelten.<sup>29</sup> Bei COP 14 in Posen (2008) forderte der Internationale Gewerkschaftsbund die Regierungen der entwickelten Industriestaaten wiederum auf, die IPCC-Zielvorgaben – also Reduktion der Werte von 1990 um 25-40 Prozent bis 2020 – zu erfüllen. Da sie diese Position nicht teilen konnte, legte die AFL-CIO eine eigene Stellungnahme ohne spezifische Zielangaben vor. In einem Memo an den IGB hieß es:

*Es beunruhigt die AFL-CIO nach wie vor, dass zwischen den Zielvorschlägen (des IPCC) und der Verfügbarkeit unbedingt erforderlicher Technologien, das heißt der CO<sub>2</sub>-Abspaltung und -Bindung, ein Missverhältnis besteht.*<sup>30</sup>

Aus dieser Argumentation spricht das Festhalten der AFL-CIO an dem Glauben, dass Konzept „saubere Kohle“ verspreche Erfolg, ungeachtet der Tatsache, dass die CO<sub>2</sub>-Abspaltung und -Bindung damals keine erkennbaren Fortschritte gemacht hatte, was im wesentlichen bis heute gilt.<sup>31</sup> In den Monaten vor der Kopenhagener Konferenz (COP 15) verkündete die Obama-Administration eigene Reduktionsziele: eine Verminderung um 17 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 bis 2020. Dies entsprach einer Reduzierung um rund 4 Prozent gegenüber 1990 – weit entfernt von den IPCC-Zielen einer Reduktion um 25-40 Prozent gegenüber 1990. Durch die Verschiebung des Bemessungszeitpunkts von 1990 auf 2005 gelang es dem US-Außenministerium, sozusagen mit einem Federstrich unsichtbar zu machen, dass die amerikanischen Emissionen seit 1990 um 16 Prozent gestiegen waren. Doch die AFL-CIO konnte nicht einmal Obamas 17 Prozent-Ziel zustimmen, was ein Schlaglicht auf den beherrschenden Einfluss warf, den die in CO<sub>2</sub>-intensiven Branchen wie Energieerzeugung und Industrieproduktion tätigen Gewerkschaften auf die Klimapolitik der US-Gewerkschaften insgesamt ausüben.

und skandierten „Systemwandel statt Klimawandel!“ – doch die Gewerkschafterstimmen darunter zählten eher nach Hunderten als nach Tausenden. Im Vertrauen darauf, dass der UN-Prozess ein verbindliches Abkommen zustande bringen werde, und auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung bei den Verhandlungen bedacht, entschieden die dänischen Gewerkschaften sich, weder an den Demonstrationen noch an den Diskussionen des People’s Climate Forum außerhalb der offiziellen UNFCCC-Beratungen teilzunehmen. Dies dämpfte die Bereitschaft der Gewerkschaften aus anderen Teilen Europas, mit zu demonstrieren, erheblich – auch wenn Gewerkschafter aus Frankreich und Belgien, wie auch die vierhundertköpfige Weltdelegation des IGB, Präsenz zeigten.

COP 15 endete jedoch in einem Fiasko, als die Regierungen der USA und anderer Schlüsselstaaten ein sechsseitiges Memorandum vorlegten, betitelt „Copenhagen Accord“, dessen Hauptthesen erstens besagten, verpflichtende Reduktionsziele könnten nicht Grundlage eines Abkommens sein, und zweitens, dass freiwillige Zusagen sowohl möglich als auch potentiell

*„Das hier ist ein Klassenkrieg [a class war]. Während Milliardäre Vorkehrungen treffen, sich und ihr Geld in Sicherheit zu bringen, werden die Arbeitenden den Preis des Klimawandels bezahlen; wie auch – und das ganz unverhältnismäßig – die ärmsten Bevölkerungsgruppen der Welt.“*

Jyrki Raina, Generalsekretär der IndustriALL Global Union

## **Das Fiasko von Kopenhagen – und wie es weiterging**

Der Aktionsplan von Bali hatte COP 15 in Kopenhagen, also das Jahresende 2009, als Startdatum eines neu auszuhandelnden Klimaabkommens festgelegt, das bis 2012 unterschriftsreif sein und das auslaufende Kyoto-Abkommen ersetzen sollte. In Kopenhagen trat dann die Klimabewegung wohl zum ersten Mal öffentlich machtvoll in Erscheinung. Schätzungsweise 80 000 Menschen zogen durch die Straßen

genauso wirkungsvoll seien. Diese „Vereinbarung“ stürzte die UNFCCC in eine Krise, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. In den Monaten nach COP 15 gaben die Staaten ihre freiwillig gewählten Zielgrößen bekannt, die (kaum überraschend) weit hinter den Reduktionsvorschlägen des IPCC zurückblieben – Ziele, die seither noch weiter abgeschwächt wurden.

Für die 400köpfige internationale Gewerkschaftsdelegation, die an den Verhandlungen teilnahm, bedeutete der Copenhagen Accord

einen doppelten Rückschlag. Erstens wurden zugleich mit den verbindlichen Reduktionsverpflichtungen auch die wissenschaftlich begründeten IPCC-Ziele und das Gerechtigkeitsprinzip aufgegeben, auf dem die „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ beruhten. Die Aussichten auf eine Green Economy – ob nun in der stärker marktorientierten UNEP-Version oder nach dem eher neoklassischen Modell der Gewerkschaften – hingen in jedem Fall vom Zustandekommen eines anspruchsvollen und verbindlichen, weltweit gültigen Vertrages ab. Deshalb war COP 15 eine Katastrophe, denn ohne verbindliche Reduktionsziele musste die Grüne Ökonomie eine Randerscheinung bleiben. Zum Zweiten hatte die UNFCCC vor COP 15 in dem „gemeinsame Vorschau auf kooperatives Handeln“ überschriebenen Teil des Verhandlungstextes, der im Juni 2009 zur Vorbereitung von COP 15 vorgelegt worden war, gewerkschaftliche Formulierungen zum „Gerechten Übergang“ akzeptiert.<sup>32</sup> Deshalb waren die Gewerkschaftsdelegierten zuversichtlich davon ausgegangen, dass die entsprechenden Formulierungen erhalten bleiben und Bestandteil eines neuen global gültigen Abkommens werden würden. Im Copenhagen Accord findet sich jedoch nichts dergleichen.

Anders als der IGB schätzte die AFL-CIO die Ergebnisse von Kopenhagen uneingeschränkt positiv ein. In ihrem Konferenzbericht betonte sie ihre konstruktive Partnerschaft mit dem US-Außenministerium und dessen Verhandlungsteam. So schrieb der Delegationsleiter der AFL-CIO:

*Wie sich herausstellte, konnten wir mit den Unterhändlern des State Department in Fragen, auf die es den US-Gewerkschaften ankommt, eng zusammenarbeiten, etwa bei Grenzsteuerausgleichsmaßnahmen [border adjustments], bei der Einbeziehung fortgeschrittener Entwicklungsländer wie China und Indien in die Festlegung von Reduktionszielen sowie im Hinblick auf Verifikationstransparenz bei Emissionsverminderungen. Die AFL-CIO war ebenso wie Umwelt- und Wirtschaftsorganisa-*

*tionen jederzeit bereit, gemeinsame Pressearbeit zur Unterstützung der amtlichen US-Verhandlungsposition zu leisten, doch so weit kam es gar nicht.<sup>33</sup>*

Auch die Blue Green Alliance, eine Koalition aus US-Gewerkschaften und -Umweltgruppen, begrüßte den Copenhagen Accord mit dem Hinweis, dass alle wichtigen Volkswirtschaften ihre Beteiligung zugesagt hätten.<sup>34</sup> Der IGB hingegen konnte seine Enttäuschung nicht verhehlen:

*Die Anspruchslosigkeit der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Reduktionsziele, verbunden mit einer minimalistischen, zudem an strenge Bedingungen geknüpften Bereitschaft, Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu finanzieren; die Unfähigkeit der Europäischen Union, sich das Ziel einer 30-prozentigen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen [GHG] gegenüber dem Stand von 1990 zueigen zu machen; und ganz allgemein die negative Haltung aller entwickelten Industrieländer zur Vereinbarung einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls – all dies führte zu einem Klima verstärkten Misstrauens und der Beharrung auf Seiten der Schwellenländer.<sup>35</sup>*

## Entwicklungsländer-Emissionen

Gewerkschaften, die sich an der Klimabewegung beteiligen wollen, müssen sich darüber im Klaren sein, dass eine der Hauptbelastungen der Kopenhagener Verhandlungen in der Frage nach dem Emissionsverhalten der Entwicklungsländer bestand und ob – und – wenn ja – welche Verpflichtungen diese in einem neuen Abkommen eingehen. Seit Anfang der 1990er Jahre sind die Emissionen von Entwicklungsländern, die zugleich bedeutende wirtschaftliche Konkurrenten der reichen Länder sind, kräftig gewachsen. Das hat die Klimapolitik in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Der größte Emittent ist inzwischen China – auf das im Jahr 2011 29 Prozent des weltweiten Jahresausstoßes von Treibhausgasen entfielen. Künftig wird die stärkste Emis-

sionszunahme von den Entwicklungsländern ausgehen, besonders den BRIC-Staaten, allgemeiner gesprochen: den „Big Emerging Economies“ (BEEs), den Großen Schwellenländern.<sup>36</sup>

Chinas Position bei den Verhandlungen – dass es zu keinen verbindlichen Emissionsverminderungsleistungen verpflichtet werden sollte – beruht auf folgenden Argumenten: seine Pro-Kopf-Emissionen liegen immer noch unter denen der reichen Länder; seine Bevölkerung braucht vor allem „Entwicklung“; und China tut, sagt es, mehr als viele entwickelte Industriestaaten dafür, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen unter Kontrolle zu bringen.<sup>37</sup> Übersehen wird dabei jedoch die Tatsache, dass allein 40 Prozent der chinesischen Emissionen in nur 30 Großstädten entstehen. Der Treibhausgas-„Fußabdruck“ eines Einwohners von Shanghai beträgt gegenwärtig 17 Tonnen pro Jahr, und für Peking lautet die entsprechende Größe 12 Tonnen p.a. (in Zahlen von 2008). Der Pro-Kopf-Ausstoß in Tokio beträgt demgegenüber 6 Tonnen jährlich, in London und New York 7 Tonnen.<sup>38</sup> Und im Jahr 2009 überholte China in Sachen Ungleichheit selbst die Vereinigten Staaten.<sup>39</sup> Der Sozialwissenschaftler Walden Bello bemerkte dazu:

*Die Interessen Chinas haben sich paradoxerweise mit denen der Vereinigten Staaten verbunden. Diese beiden CO<sub>2</sub>-Sünder treten bei den Verhandlungen auf, als seien sie Opponenten, doch es vereint sie das Interesse, den Abschluss eines Klimaabkommens möglichst lange hinauszuzögern und dafür zu sorgen, dass ein solches Abkommen so schwach wie möglich ausfällt.<sup>40</sup>*

## Das Emissionsdefizit

Seit 2010 ist noch deutlicher geworden, wie wenig wichtige Staaten sich wirklich dafür einsetzen, den Klimawandel zu bewältigen. Weil der US-Kongress im Jahre 2010 ein Klimaschutzgesetz scheitern ließ, verfügte die Obama-Administration fortan über keine eindeutige Grundlage zur Erfüllung der geringen

Reduktionsverpflichtungen mehr, die sie selbst in der Kopenhagener Vereinbarung eingegangen war (eine Verminderung der Emissionen bis 2020 um 17 Prozent gegenüber dem Stand von 2005). In dieser Situation rückten auch andere wichtige Staaten von ihren Kopenhagen-Verpflichtungen ab. Manche hatten den „Accord“ als notwendigen Umschwung in der Verhandlungsdynamik begrüßt, obwohl die entwickelten Industriestaaten sich darin nur zu einer Emissionsreduktion um (bestenfalls) 16 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 bis zum Jahre 2020 verpflichteten und damit Kurs auf eine Welt nahmen, deren Atmosphäre sich bis zum Jahr 2001 um drei bis fünf Grad Celsius erwärmt.<sup>41</sup>

COP 16 und COP 17 in Cancun und Durban zogen jeweils rund 200 Gewerkschaftsvertreter an, während die gewerkschaftliche Teilnahme an den beiden folgenden Konferenzen, COP 18 in Doha und zuletzt COP 19 in Warschau Ende 2013, stark absank. In Warschau gab es nur rund 50 Gewerkschaftsdelegierte. In Cancun deutete immerhin manches auf eine Wiederbelebung des Verhandlungsprozesses hin. Die Vorstöße des IGB bewirkten, dass die Teilnehmerstaaten im Entwurf des Verhandlungstextes über den erhofften Gehalt eines künftigen Abkommens ausdrücklich die Bedeutung der Aufgabe anerkannten, „auf einen Gerechten Übergang für die Erwerbstätigen hinzuwirken, sowie auf Gute Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze durch [...] die Förderung wirtschaftlichen Wachstums und nachhaltiger Entwicklung.“ Auch die Einrichtung eines Klimafonds, der arme Länder dabei unterstützen soll, sich auf den Klimawandel einzustellen und die Entwicklung des eigenen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes abzubremsten, gehörte zu den intensiver erörterten Themen, doch die folgenden COPs brachten kaum Fortschritte auf diesem Gebiet.

Als man im November 2013 in Warschau tagte, schieneinglobalesKlimaabkommeninderNachfolge des Kyoto-Protokolls ferner gerückt denn

je. Am 21. November schloss sich die COP 19-Delegation des IGB den 800 Umweltaktivisten und Vertretern von Jugend-, Ureinwohner- und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen an, als diese die Verhandlungen demonstrativ verließen. Vorausgegangen waren Ankündigungen von kanadischer und japanischer Seite, dass diese Länder nicht damit rechneten, ihre im Copenhagen Accord benannten Reduktionsziele zu erreichen. Auch was die finanzielle Seite des Klimawandels angeht – Finanzhilfen für Entwicklungsländer, damit diese ihre Emissionen drosseln und sich auf die Auswirkungen des Klimawandels einstellen können –, legten die reichen Länder den Rückwärtsgang ein.

COP 19 erhielt den Namen „Corporate COP“ („Konzern-COP“), weil das Warschauer Treffen die erste von Unternehmerseite gesponserte UN-Klimakonferenz war. Elf Privatunternehmen traten als Sponsoren auf, und Konzernvertreter agierten im Verhandlungsprozess präzedenzlos offen. Viele der Vertreter sozialer Bewegungen, die an dem Auszug aus der Konferenz teilnahmen, fanden, die Verhandlungen seien durch die Einschaltung der Konzernvertreter in den Prozess nutzlos geworden. Die polnische Regierung hatte während der Verhandlungen sogar ein Spitzentreffen von Unternehmen des Kohlenbergbaus organisiert. Ein Sprecher des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) erklärte:

*Gewerkschaften pflegen Verhandlungen nicht zu verlassen, bevor die Arbeit getan ist. Das ist nicht unsere Art. Aber hier bei den UN-Verhandlungen in Warschau führen die zwischenstaatlichen Gespräche zu nichts. Zusicherungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu drosseln, einen Gerechten Übergang zu finanzieren, Investitionen in Gute Arbeit zu fördern – all dies entgleitet uns. In diesem Prozess, an diesem Tisch gibt es für uns keinen Platz. Wir können Lobbyarbeit machen und Kampagnen organisieren, Bündnisse schmieden und gute, positive Gespräche mit fortschrittlichen Regierungen führen, die uns zuhören. Tatsächlich aber sind hier untereinander zutiefst uneinige Staaten am Werk. Wir müssen uns wieder unserer Mitgliedschaft und unseren Communities zuwenden, noch mehr Kampagnen-*

*arbeit leisten und uns dringend um öffentlichen Rückhalt und öffentliches Engagement bemühen, damit es für die Vertreter der Staaten, wenn sie im nächsten Jahr wieder zusammenkommen, keinerlei Zweifel daran geben kann, worin ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten bestehen.<sup>42</sup>*

## Die Notwendigkeit eines programmatischen Neuansatzes

Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich in Sachen Klimawandel erhebliche Verdienste erworben. Viele Gewerkschafter mussten in ihrem Kampf darum, den arbeitenden Menschen in den UN-Verhandlungen Gehör zu verschaffen, erst einmal die eigenen Organisationen davon überzeugen, dass der Klimawandel auch die Gewerkschaften angeht – was oft nicht gerade einfach war. In einer Zeit scharfer Angriffe von rechts und vielfältiger Anforderungen an die Gewerkschaftsressourcen war die Wirkung, die der „Klimakader“ auf den COPs und bei seinen Versuchen erzielte, auf nationaler Ebene Bewegung in die Regierungspolitik zu bringen, doch ganz beträchtlich. Sachkunde, Erfahrung und Engagement dieser Kollegen sind für die Gewerkschaften in der vor uns liegenden Zeit wertvolle Ressourcen.

*„Die Wissenschaft sagt uns,  
dass wir alle rebellieren müssen.“*

Naomi Klein

Die Wegscheide, vor der wir jetzt stehen, bietet den Gewerkschaften eine gute Gelegenheit, den aktuellen Stand der Klimapolitik und zugleich alle Erkenntnisse über das Wesen der politischen Ökonomie des Kapitalismus zu bilanzieren, die in den zwanzig Jahren seit dem Erdgipfel von 1992 gewonnen wurden. Die Auswertung dieser Erfahrungen macht klar, dass wir eine neue Herangehensweise und einen anderen programmatischen Ansatz brauchen – einen Ansatz, der echte Lösungen bietet

und dazu beitragen kann, die Mitgliedschaft zu mobilisieren. Mit dem Konzept der „Green Economy“ ist dies offenkundig nicht gelungen.

Die Mehrheit der Gewerkschaften, die versucht haben, die Klimapolitik mitzugestalten, ging dabei von der Annahme aus, in der wirklichen Welt gebe es im Grunde nur zwei historische Optionen: Entweder die Menschheit findet den Übergang in eine Art „inklusive“ grünen Kapitalismus, oder wir werden das Szenario eines „Selbstmord-Kapitalismus“ erleben, in dem es der Branche fossiler Brennstoffe und den mächtigen Vertretern aus Industrie, Landwirtschaft und Handel gelingt, das „business as usual“ über den ökologischen „Point-of-No-Return“ hinaus zu treiben. Von gewerkschaftlicher Seite wird inzwischen, wie schon erwähnt, die Frage gestellt, bis zu welchem Grade es privaten Marktkräften überhaupt gelingen kann, Grünes Wachstum zu erzeugen. Man hat versucht, die Debatte auf einen weltweiten Green New Deal (GND) hinzulenken, welcher es der staatlichen Seite – mit gewerkschaftlicher Unterstützung – ermöglichen soll, im Transformationsprozess eine führende Rolle einzunehmen. Es trug den politischen Realitäten der Zeit pragmatisch Rechnung, die Gewerkschaften so zu positionieren. Jetzt aber beginnen diese in Frage zu stellen, ob die politische Ökonomie des Kapitalismus wirklich fähig ist, sich derart zu reorganisieren, dass sie der Klimakrise wirksam begegnen, zugleich aber mehr oder weniger unbegrenzt weiter wachsen kann. Zudem wird in einer Zeit, in der die Ungleichheit sowie die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse zunimmt, und in der in manchen Ländern die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht, der Wert des Wachstums als Weg zur Bewältigung dieser Probleme zunehmend skeptischer gesehen.

Im Blick auf die Zukunft bleibt der Hauptprogrammpunkt, an dem es festzuhalten gilt, die Verpflichtung auf das IPCC-Szenario der Emissionsreduktion. Wie schon gesagt erkennen nicht alle Gewerkschaften an, dass die Wissenschaft

die Klimapolitik anleiten sollte. Dennoch war und ist sich die internationale Gewerkschaftsbewegung in der Verpflichtung auf eine wissenschaftsbasierte Herangehensweise weitgehend einig. Diese ist unverzichtbarer Bestandteil jeder fortschrittlichen Klima-Agenda der Gewerkschaften, wie der IGB-Weltkongress in Vancouver 2010 ausdrücklich bekräftigte.<sup>43</sup>

Will man jedoch allen Implikationen einer wissenschaftsbasierten Agenda gerecht werden, so bedarf es andersartiger Lösungsansätze, die den Rahmen der Green Economy, wie UNEP und ILO sie verstehen, überschreiten. Diese haben sich die neoliberale Vorstellung zueigen gemacht, die Rolle staatlicher Politik bestehe – wie die ILO selbst formuliert – darin,

*den Markt zu beeinflussen, den Privatsektor zu einer Green Transition zu ermutigen und die Probleme mangelnder privater Preissignale zu überwinden. In diesem Sinne spielen öffentliche Investitionen eine komplementäre Rolle zur Ergänzung weiterreichender marktgestützter Mechanismen.*<sup>44</sup>

Diese Auffassung vom Verhältnis zwischen dem öffentlichen und dem Privatsektor ist völlig verfehlt und auch aus politisch-strategischer Sicht unangemessen. Das IPCC-Szenario zur Emissionsreduzierung verlangt nicht weniger als die vollständige Umwandlung der Produktions- wie der Konsumtionsmuster. Die Wissenschaft ernst nehmen – das erfordert auch, ihre Lösungsvorschläge ernst zu nehmen. Doch das Konzept der Green Economy leistet weder das eine noch das andere. Es ist an der Zeit, sich von der illusionären Vorstellung frei zu machen, eine neue, diesmal grüne Phase kapitalistischer Akkumulation sei wahrscheinlich oder gar erforderlich, ob mit gesellschaftlichem Dialog oder ohne.

### **Die Krise der „ökologischen Modernisierung“**

Es liegt auf der Hand, dass das Scheitern des UN-Prozesses zur Erarbeitung eines globalen



Klimaabkommens in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls nicht einfach mit mangelndem „politischen Willen“ erklärt werden kann. Vielmehr verweist es auf ein weit tiefer reichendes Problem: die Unfähigkeit des „grünen“ Flügels der Kapitalisten sich durchzusetzen. Die Idee eines grünen Kapitalismus basiert auf einer Reihe von Annahmen, die als „ökologische Modernisierung“ firmieren, und dieses Konzept ist seinerseits mit der Vorstellung verknüpft, technologische und sonstige Effizienzverbesserungen könnten den Produktionsprozess sozusagen „entmaterialisieren“. Wenn es möglich ist, mit verringertem materiellen Input mehr Output zu erzeugen und auf diese Weise Wirtschaftswachstum und Umweltschädigung – auch durch Treibhausgas-Emissionen – zu entkoppeln, dann kann das wirtschaftliche Wachstum ununterbrochen weitergehen. Die Beweisführung dafür, dass eine solche Perspektive realistisch sein könnte, bewegt sich bis heute auf dünnem Eis.

Hinzukommt, dass das gesamte theoretische System der ökologischen Modernisierung und des grünen Kapitalismus auf einer als gesichert unterstellten Annahme basiert – nämlich, dass die Knappheit der natürlichen Ressourcen den effizienteren Einsatz derselben zum Schlüsselfaktor der Wettbewerbsfähigkeit und somit des wirtschaftlichen Erfolges machen werde. Diese günstige Bewertung der Erfolgsaussichten einer Green Transition hat der Exekutivdirektor der UNEP 2010 mit einem Satz auf den Punkt gebracht: „Die Grüne Ökonomie ist letztlich unausweichlich“. <sup>45</sup> Von dieser Art – größtenteils unbegründetem – Optimismus strotzt der UNEP-Diskurs geradezu.

Doch was einmal als unausweichlich galt, ist mittlerweile in weite Ferne gerückt, herabgestuft zur eher unwahrscheinlichen Option, seit neue fossile Energiequellen an Bedeutung gewinnen. Der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zufolge werden über 50 Prozent des neuen Energiebedarfs weltweit mit Kohle ge-

deckt, und man erwartet, dass bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen energiepolitischen Kurses im Jahr 2035 der Energiehunger der Welt insgesamt zu mehr als drei Vierteln durch fossile Brennstoffe gestillt wird. Die nutzbaren Kohlereserven der Welt belaufen sich auf eine Billion Tonnen. <sup>46</sup> Gegenwärtig ist eine neue Generation von Kohlekraftwerken mit einer Gesamtleistung von annähernd 280 Gigawatt in Bau. <sup>47</sup> Auf Seiten der Energiekonzerne äußert man sich begeistert über die Aussichten auf ein neues „Goldenes Zeitalter“ für fossile Energieträger. <sup>48</sup>

Gewerkschafter sind sich natürlich der wirtschaftlichen und politischen Macht der Branche bewusst. Nach dem Stand von 2012 verdienten von den 50 führenden Konzernen der Welt 19 ihr Geld mit fossilen Energieträgern. Auf sie entfielen 48 Prozent der Erlöse und fast 46 Prozent der Profite dieser Top-50-Gruppe. <sup>49</sup> Die CEOs der einschlägigen Unternehmen zählen zu den reichsten Menschen dieser Welt. <sup>50</sup> Die Carbon Tracker Initiative hat kürzlich in einer Untersuchung festgestellt, dass die gegenwärtigen Reserven der Öl- und Gasunternehmen (d.h. ihre Anrechte auf noch nicht ausgebeutete Öl- und Gasvorkommen) 20 Billionen US-Dollar wert sind. Die hundert führenden Kohle- und die hundert führenden Öl- und Gas-Unternehmen besaßen im Februar 2011 zusammen einen Wert von 7,42 Billionen US-Dollar. Geschätzte 20 bis 30 Prozent der Kapitalisierung an den Aktienbörsen von London, Sao Paulo und Moskau wie von Toronto und von Australien hängen mit fossilen Energieträgern zusammen. <sup>51</sup>

Unter solchen Bedingungen ist es gar nicht die Logik der Kapitalakkumulation bei zunehmender Ressourcenknappheit, die über das Schicksal der ökologischen Modernisierung und der Agenda eines „grünen Wachstums“ entscheidet. Den Ausschlag geben vielmehr in einer Zeit, in der fossile Energieträger sowohl gewinnträchtig als auch reichlich vorhanden sind,

politische Eingriffe – Maßnahmen wie Carbon Pricing (Verschmutzungszertifikate), geregelte Emissionskontrollen, Subventionierung erneuerbarer Energien und – vielleicht am allerwichtigsten – ein weltweit geltendes Abkommen mit verbindlichen Zielgrößen und Fahrplänen der Emissionsreduktion. All dies steht allerdings nicht auf der Agenda der Brennstoffkonzerne, die sowohl auf globaler wie auf nationaler Ebene der grünen „Herausforderung“ aggressiv entgegenwirken. Diese Konzerne setzen ihren ungeheuren Reichtum und ihre geballte Macht ein, um die Politik unter ihre Kontrolle zu bringen. Das gilt auch für den UN-Prozess selbst. Vorgeschlagene Klimaschutzmaßnahmen sind in Schlüsselstaaten durch direkte politische Intervention von Energiekonzernen zunichte gemacht worden. Allein in den USA fließen jährlich annähernd 3,5 Mrd. Dollar in Lobby-Aktivitäten auf Bundesebene.<sup>52</sup> In den vergangenen Jahren schafften es Royal Dutch Shell, die US-Handelskammer, das Edison Electric Institute, Pacific Gas and Electric (PG&E), die Southern Company, Exxon Mobil, Chevron, BP und ConocoPhillips sämtlich auf die Top 20-Liste der Lobbyisten.<sup>53</sup> Weltweit organisieren die Energiekonzerne sich in untereinander verbundenen Handelsvereinigungen wie etwa dem American Petroleum Institute, der Canadian Association of Petroleum Producers, der Australian Coal Association, der Energy Intensive Users Group in Südafrika, BusinessEurope oder den europäischen Stahl- und Chemieverbänden EUROFER und CEFIC.<sup>54</sup>

Wenn es darum geht, mit welcher politischen Strategie der wirtschaftlichen und politischen Macht der Brennstoffkonzerne und ihrer „business as usual“-Agenda entgegenzuwirken wäre, haben UEP und ILO kaum etwas zu sagen. Der weitaus kühnste Vorschlag zielt auf die Abschaffung staatlicher Subventionen für die Branche, deren Umfang auf jährlich 400 bis 650 Mrd. US-Dollar veranschlagt wird.<sup>55</sup> Das wäre ein nützlicher Schritt, aber es rührt nicht an die Grundfrage, nämlich wer die Energie-

reserven besitzt und kontrolliert und zu welchen Zwecken Energie erzeugt und eingesetzt wird. Solange die gewerkschaftliche Klimapolitik den Rahmen dessen, was ILO und UNEP als Grüne Ökonomie propagieren, nicht überschreitet, ist der Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Brennstoffbranche und ihre „Weiter so“-Agenda kaum zu gewinnen.

### **Die Gewerkschaften und der Neue Diskurs**

Eine wachsende Zahl von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hat in der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Grünen Energie begonnen, einen neuen Diskurs über Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu entwickeln. Dieser Diskurs rückt die Tatsache ins Licht, dass der Grüne Übergang, so wie einige globale Führungsfiguren und „grüne“ Konzerne ihn sich vorstellen, nicht dazu taugt, die Probleme, denen wir uns als Gesellschaften gegenübersehen, an ihren Wurzeln zu packen, denn diese Probleme sind systemischer Natur. Der neue Diskurs wendet sich gegen die Vorstellung, eine „ökologische Modernisierung“ und die mit ihr einhergehende Kommodifizierung der Natur liefere den Schlüssel zur Lösung der tiefen ökologischen Krise, in der wir als Gattung stecken. Er betrachtet die Idee, „Naturressourcen“ mit einem Preisschild auszustatten, um auf diese Weise den Kapitalismus grün und nachhaltig zu machen, als eindeutig falsch, ja zutiefst pervers. Die Kommodifizierung der Natur erschließt lediglich weitere Felder ökonomischer (und sozialer) Ausbeutung, Marktunterwerfung und Privatisierung. Die Erfahrungen mit der existierenden Grünen Ökonomie veranschaulichen hinreichend, dass es sich hierbei nicht um Grünen Übergang handelt sondern um eine Ausweitung der bisherigen, eben nicht nachhaltigen Ökonomie auf neue Gebiete, eine neue Phase der „Einhegungen“ [der Allmende-Privatisierung – d. Übs.]. So werden die Um-

weltprobleme der Welt nicht gelöst, sondern in vieler Hinsicht verschlimmert.

Der neue Diskurs geht davon aus, dass Wirtschaftskrise und Umweltkrise zwei Seiten einer Medaille sind. Man muss sie gleichzeitig angehen und dies mit Mitteln, die echte Lösungen bewirken, nicht Scheinlösungen. Regulierungsversuche und marktgestützte Verfahren – einschließlich der CO<sub>2</sub>-Märkte und -Steuern – sind daran gescheitert, dass sie sich nicht mit der Macht der Konzerne und ihrer Kontrolle über Energieressourcen, Infrastruktur und Märkte auseinandersetzen. Sie konnten die beschleunigte Entwicklung in Richtung auf wachsende Energienachfrage, weiter zunehmenden Einsatz fossiler Energieträger und vermehrte Emissionen nicht aufhalten.

gut der Menschheit, die *commons*, geschützt und die Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum überführt werden.<sup>57</sup> Der Internationale Gewerkschaftsbund der Bauarbeiter [Building Workers International/BWI] kritisiert, dass „das gängige Konzept der Green Economy [...] marktgestützte Mechanismen überbetont“, die „ein Grünwaschen der bestehenden kapitalistischen Strukturen statt einer Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen der mannigfaltigen Krisen“ bewirken könnten.<sup>58</sup> Die philippinische Alliance of Progressive Labor hat gemeinsam mit anderen Organisationen in ganz Asien den „sofortigen Stopp der Kommodifizierung, Privatisierung und Finanzialisierung der Natur und all ihrer Komponenten und Funktionen“ gefordert.

*Gewerkschaften und soziale Bewegungen begreifen in wachsender Zahl, dass die zur Erderwärmung führenden Emissionen ein systemisches Problem indizieren. Die politischen und gesellschaftlichen Lösungen, deren es zur Auseinandersetzung sowohl mit den Ursachen als auch mit den Auswirkungen des Klimawandels bedarf, können auch zu einer gerechteren Reichumsverteilung genutzt werden und es uns so ermöglichen, gegen Massenarmut, Unterernährung, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Krankheiten sowie gegen sonstige soziale Ungleichheiten, unter denen ein großer Teil der Menschheit leidet, vorzugehen [...]. Für diese Welt lohnt es sich zu kämpfen, für diese Generation und für künftige Generationen.*

International Transport Workers Federation

Der neue Diskurs ging ursprünglich aus dem Bestreben der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) hervor, verkehrsbedingte Emissionen zu bekämpfen.<sup>56</sup> Er kennzeichnet auch die Erklärung, welche die von IGB und Sustainlabour organisierte Zweite Gewerkschaftsversammlung zu Arbeit und Umwelt (*Second Trade Union Assembly on Labour and the Environment*) anlässlich der Rio+20-Konferenz veröffentlichte.

Nach intensiver Debatte unter 400 Delegierten hieß es in dieser Erklärung, das derzeitige profitgetriebene Produktions- und Konsumtionssystem müsse ersetzt werden, das Gemein-

Auf einer Zusammenkunft im Jahre 2013 haben 29 Gewerkschaften, darunter nationale und globale Gewerkschaftsbünde, die *Trade Unions for Energy Democracy* (TUED) gegründet. Ihnen geht es darum, Gewerkschaften und mögliche Verbündete zusammenzubringen, welche die Notwendigkeit erkennen, entschieden für die öffentliche Steuerung der Energiewirtschaft und ihre Überführung in gesellschaftliches Eigentum einzutreten, und zwar auf allen Ebenen, von der lokalen bis hin zur globalen. Ferner wollen sie dabei mitwirken, die Fundamente dauerhafter und wirkungsvoller Bündnisse zwischen Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen zu legen.<sup>59</sup>

Gewerkschaften wie NUMSA in Südafrika und CUPE in Kanada bemühen sich verstärkt darum, die Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum zu überführen und erneut zu verstaatlichen, was privatisiert wurde.<sup>60</sup>

## **„Systemwandel“ braucht Gewerkschaften**

Die neuerliche Betonung des gesellschaftlichen Eigentums ist, ebenso wie die Wissenschaftsorientierung, Kernstück eines Gewerkschaftsprogramms, das sich mit dem Klimawandel und der fehlenden Nachhaltigkeit der politischen Ökonomie von heute auseinandersetzt. Doch UNEP und ILO werden diese Orientierung, so notwendig sie ist, niemals unterstützen, solange es innerhalb dieser Institutionen keinen ideologischen Umschwung gibt. Ermutigend ist, dass die Gewerkschaften, wenn sie sich auf diesem Felde bewegen, nicht allein sein werden. Viele soziale Bewegungen im Norden wie im Süden – unter ihnen einige Hauptverbündete der Gewerkschaften – lehnen die „Green Economy“ (die manchmal „Greed Economy“, „Ökonomie der Gier“ genannt wird) schon ab und schlagen radikalere Strategiemuster und Vorgehensweisen mit dem Ziel vor, die „gesellschaftlichen und ökologischen Gemeingüter“ – die „Commons“ – zurückzugewinnen. Bei Teilen der Linken wird der Ruf nach „Systemwandel“ täglich lauter. Wie der Übergang jedoch im Einzelnen aussehen könnte, bleibt häufig undeutlich, selbst in der Theorie. Dies beginnt sich allerdings im Verlauf der Debatte und zunehmender Mobilisierung zu ändern.<sup>61</sup>

Der Schlüssel zur Mobilisierung von Gewerkschaftsmitgliedern, Arbeitenden, Einzelpersonen ganz allgemein liegt für die Gewerkschaften und die mit ihnen verbündeten sozialen Bewegungen darin, sich auf eine Reihe kühner Vorstöße zu verständigen, durch welche die Auseinandersetzung nicht allein mit dem Klimawandel, sondern zugleich mit dem ganzen

Spektrum nicht-nachhaltiger und ungerechter Aspekte der politischen Ökonomie beginnen kann. Aus gewerkschaftlicher Sicht bedeutet Systemwandel deshalb einen Prozess sowohl der Transformation als auch grundlegender Erneuerung. Diese Position findet sich beispielsweise in dem COSATU-Beitrag, der für COP 17 in Durban (2011) erarbeitet wurde.<sup>62</sup> Sie sollte sich auch in die Tradition der Wirtschaftsdemokratie, der Arbeiterkooperativen, Kreditvereine und Genossenschaften stellen. Wer heute bemüht ist, die Wirtschaft umzugestalten und den Planeten vor der sicheren Zerstörung zu bewahren, kann sich auf diese historischen Erfahrungen beziehen. Auf mittlere Sicht sollte daher angestrebt werden, eine grundlegende Wende in Richtung auf Verstaatlichung und Vergesellschaftung wirtschaftlicher Schlüsselbereiche herbeizuführen; das gilt insbesondere für die Energie- und Elektrizitätswirtschaft, einschließlich der Energieeinsparung durch „Klimajobs“ und öffentliche Infrastrukturprogramme; für die großen Verkehrsunternehmen; und für Nahrungsmittelherzeugung, -transport und -handel. Dass jetzt gehandelt werden muss, innerhalb des bestehenden Systems, bedeutet keineswegs, das Drängen auf Systemwandel abzulehnen. Ganz im Gegenteil, es bringt uns dem Umschlagpunkt zum Systemwandel, ob wirtschaftlich oder/und politisch, näher.

Es wird leichter sein, Gewerkschaftsmitglieder zu organisieren und zu mobilisieren, wenn die Perspektive eines transformativen Übergangs klar ist. Den Klimawandel isoliert und als Thema für sich zu behandeln, ist kontraproduktiv. Um die eigene Mitgliedschaft mobilisieren zu können, werden die Gewerkschaften den Klimaschutz in ihre Alltagsarbeit einbetten müssen, ihn verbinden mit der Verteidigung und Förderung der Arbeiterrechte, dem Kampf gegen Privatisierung und Austeritätspolitik und dem Ringen um den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen. Niemand hat diese Erkenntnis nachdrücklicher formuliert als Naomi Klein, Autorin

und Aktivistin, Anfang September 2013 beim Gründungskongress der kanadischen Gewerkschaft UNIFOR in Toronto.<sup>63</sup> Indem sie den Klimaschutz in ihre aktuellen Kämpfe einbeziehen, können die Gewerkschaften die soziale Grundlage verbreitern, auf der sie Rückhalt für ihre derzeitige „Kernagenda“ betrachten. Darüber hinaus können sie sich auf diese Weise mit einbringen, wenn es um die Formulierung einer klaren und Mut machenden Alternative geht, um nichts Geringeres als ein neues Paradigma ökologischer und ökonomischer Entwicklung.

Es gibt ermutigende Anzeichen dafür, dass diese Integration der Klimafrage in die über-

kommene „Kern“-Agenda der Gewerkschaften begonnen hat, beispielsweise den People’s Climate March vom September 2014 in New York oder COP 20 in Lima Anfang Dezember 2014, für die von Gewerkschaftsseite in diesem Sinne mobilisiert wurde. Was New York betrifft: Diese Stadt und ihr ganzes Umland waren es ja, über die im Oktober 2012 der Supersturm Sandy hereinbrach, eine Katastrophe, durch die 40 Menschen umkamen und nach der die meisten Arbeiterviertel erst Monate später zur Normalität zurückkehren konnten. Die Gewerkschaften marschieren noch nicht an der Spitze der Klimabewegung, aber es sieht auch nicht so aus, als ob sie sich abhängen ließen.

## TUED-Diskussionspapiere

### **Nr. 1: Global Shale Gas and the Anti-Fracking Movement**

Developing Union Perspectives and Approaches

Sean Sweeney und Lara Skinner - Juni 2014

(auf Englisch und Spanisch)

### **Nr. 2: The Great Inaction**

New Trade Union Perspectives

Sean Sweeney - September 2014

(auf Englisch und Deutsch)

### **Nr. 3: Energy Democracy in Greece**

SYRIZA’s Program and the Transition to Renewable Power

Sean Sweeney - Januar 2015

(auf Englisch)

## Nachweise

- 1 Achim Steiner, The green economy is, in the end, inevitable. Präsentation auf dem Business for the Environment Global Summit, 2010.
- 2 Global carbon emissions set to reach record 36 billion tonnes in 2013, Tyndall Center for Climate Change Research, 2013.
- 3 B. Metz, O.R. Davidson, P.R. Bosch, R. Dave und L.A. Meyer, Hgg., Climate Change 2007; Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge University Press, 2007.
- 4 International Trade Union Confederation, Warsaw farce provides one more reason for mobilizing on climate change, 2013.
- 5 Nach Zahlenangaben des Carbon Dioxide Information Analysis Center, [http://cdiac.ornl.gov/trends/emis/meth\\_reg.html](http://cdiac.ornl.gov/trends/emis/meth_reg.html).
- 6 The Trade Union Statement to COP12/MOP2, United Nations Framework Convention on Climate Change, Nairobi (Kenia), 2006.
- 7 Vgl. z.B. Canadian Labour Congress, Just Transition for Workers During Environmental Change, April 2000.
- 8 The Trade Union Statement to COP12/MOP“, a.a.O.
- 9 European Trade Union Confederation (ETUC), Instituto Sindical de Trabajo, Ambiente y Salud (ISTAS), Social Development Agency (SDA), Syndex, Wuppertal Institute, Climate Change and Employment: Impact on employment in the European Union-25 of climate change and CO<sub>2</sub> emission reduction measures by 2030, 2007.
- 10 ITUC, Trade Union Action on Climate Change, 2008.
- 11 ITUC, CSI, IGB, Trade unions and climate change; Equity, justice & solidarity in the fight against climate change.
- 12 ETUC u.a., Climate Change and Employment, 2007, a.a.O.
- 13 United Nations Environment Programme, UNEP to Host First Assembly on Labour & the Environment, 2005.
- 14 Michael Renner, Sean Sweeney und Jill Kubit, Green Jobs: Towards decent work in a sustainable, low-carbon world, Worldwatch Institute, 2008.
- 15 „Wir wissen, was funktioniert und welcher Handlungsweisen es bedarf. Grüne Arbeitsplätze stehen für eine CO<sub>2</sub>-arme, nachhaltige Zukunft, und es ist das Gebot der Stunde, jetzt entschieden zu handeln, um ihre Vermehrung zu fördern und alle entgegenstehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen – ob diese nun in unzureichenden Investitionen bestehen, in unverantwortlichem Verbrauch oder den blinden Imperativen von Konkurrenz und Profit.“
- 16 Joseph Stiglitz, Sharan Burrow, John Evans u.a., Exiting from the crisis: towards a model of more equitable and sustainable growth, European Trade Union Institute (ETUI), 2011.
- 17 Kevin Rudd, The Global Financial Crisis, in: „The Monthly“, Februar 2009.
- 18 Ban urges leaders at Davos to forge ‘Green New Deal’ to fight world recession, UN News Centre, 2009.
- 19 International Trade Union Confederation, ITUC Growing Green And Decent Jobs, 2012.
- 20 Andrew Watt und Andreas Botsch (Hg.), Exiting from the crisis: towards a model of more equitable and sustainable growth, European Trade Union Institute (ETUI), 2011.
- 21 Anabella Rosemberg, Rio 20; Trade unions submit their proposals for the Summit, International Trade Union Confederation, 2011.
- 22 Diese Sichtweise findet sich in zahlreichen Gewerkschaftsdokumenten, gewerkschaftlichen Erklärungen und Beschlüssen. Vgl. beispielsweise Sharan Burrow, No Social Justice Without Environmental Protection, International Trade Union Confederation, 2012.
- 23 Nicolas Stern, The Economics of Climate Change: The Stern Review, Cambridge University Press, 2007.
- 24 Renner, a.a.O.
- 25 Achim Steiner u.a., Bridging the Emissions Gap, UNEP, 2011.
- 26 B. Metz u.a., a.a.O.
- 27 ITUC submission to the UNFCCC welcoming Bali Action plan, nicht datiert (ca. Januar 2008).
- 28 European Trade Union Confederation, Bali: ETUC welcomes roadmap but regrets failure to agree emissions targets, 18.12.2007.
- 29 AFL-CIO Executive Council Statement on US Energy Policy, 17.2.1999.
- 30 In dem Memo der AFL-CIO für den IGB heißt es: „Die Erörterung der (2020er) Reduktionsziele war mühsam und hat zu ernststen Meinungsverschiedenheiten (zwischen AFL-CIO und IGB) geführt. Sie hängt auch unmittelbar mit dem Ausmaß der Verpflichtungen im Hinblick auf die Technologieentwicklung, Investitionen und ein integriertes Konzept für ein Klimawandel-Regime zusammen. Wir teilen die Sorgen und Befürchtungen, die andere Gewerkschaften in dieser Sache geäußert haben.“
- 31 Eugene M. Trisko, Economic and Public Health Benefits of Coal-Based Energy, National Center for Policy Analysis, Brief Analysis Nr. 573, 27.9.2006.
- 32 UNFCCC, Ad Hoc Working Group on Long-Term-Cooperative Action, Bonn, 1.-12.6.2009.
- 33 AFL-CIO, Report from COP 15: The AFL-CIO, ITUC and the Copenhagen Accord (unveröff.).
- 34 Leo W. Gerard, Michael Brune, David Foster u.a., Open letter to Todd Stern, Special Envoy for Climate Change U.S. Department of State,

- Blue Green Alliance, 4. 6. 2010.
- 35 International Trade Union Confederation, COP15 Evaluation & report on trade union activities, 15.2.2010.
- 36 Zur Diskussion über den Anstieg der chinesischen Emissionen vgl.: „The East is Grey“, in: „The Economist“, 10.8.2013.
- 37 Giles Parkinson, China Emissions Cap Proposal Hailed as Climate Breakthrough, „RenewEconomy“, 22.5.2013.
- 38 Shobhakar Dhakal und Owen Gafney, Tracking China's Urban Emissions, in: „Global Change“, Nr. 74 (2009).
- 39 Damian Tobin, „Inequality in China: Rural poverty persists as urban wealth balloons“, BBC News, 29.6.2011.
- 40 Walden Bello, The China Question in the Climate Negotiations: A Developing Country Perspective, September 2012.
- 41 Achim Steiner u.a., Bridging the Emissions Gap, UNEP, 2011.
- 42 Lara Skinner, Warsaw Walk Out – What Happened? Union Delegates Speak, Trade Unions For Energy Democracy, 21.11.2013.
- 43 International Trade Union Confederation, Resolution on Combating Change Through Sustainable Development and Just Transition, ITUC Second World Congress, 21.-25.6.2010.
- 44 ILO/UNEP, Working towards sustainable development: Opportunities for decent work and social inclusion in a green economy, International Labour Organization, 12.6.2012.
- 45 Steiner, The green economy, a.a.O.
- 46 „Global renewable electricity to grow 3.2% per year“, Focus.com, Renewable Energy, 27.5.2010.
- 47 „The Toll on Coal“, in: „Financial Times“, 1.10.2013.
- 48 World Energy Outlook 2011: Are we entering a golden age of gas?, Paris: International Energy Agency, 2011.
- 49 Fortune Global 500, CNN Money, 2013.
- 50 „IFG Programs: Plutonomy, Outing The Oligarchy“, International Forum on Globalization.
- 51 „Unburnable Carbon“, Carbon Tracker Initiative; Bill McKibben, Global Warming's Terrifying New Math, in: „Rolling Stone“, 19.7.2012.
- 52 Dana Bash, Lobbying spending appears to plateau, CNN Politics, 4.2.2011.
- 53 350.org, The U.S. Chamber Doesn't Speak For Me.
- 54 „Who's Holding Us Back? How carbon-intensive industry is preventing effective climate legislation“, Greenpeace International; „Political Action Committees“, OpenSecrets.org.
- 55 Achim Steiner, Climate Lecture by UNEP Executive Director Achim Steiner at the Berlin Technical University, United Nations Environment Programme, 14.11.2011.
- 56 ITF Climate Change Working Group, Transport Workers and Climate Change: Towards Sustainable, Low-Carbon Mobility, International Transport Workers Federation, in collaboration with Cornell Global Labor Institute, 2010.
- 57 Trade Union Resolution on Labour and Environment, ITUC, 11.-13.6.2012.
- 58 Declaration on Rio+20 Summit, Building Workers International Conference on Sustainable Industries, 11.-14.6.2012.
- 59 Sean Sweeney, Resist, Reclaim, Restructure: Unions and the Struggle for Energy Democracy, Trade Unions For Energy Democracy, 2012.
- 60 CUPE erklärt dazu: „Wir setzen uns dafür ein, dass Energieerzeugung und -leitungssysteme öffentliche Aufgaben bleiben und empfehlen erneuerbare Energien in Staatsregie, worauf auch unser Plädoyer zielt, Energieerzeugung und -leitungssysteme, soweit sie privatisiert wurden, wieder unter öffentliche Kontrolle zu bringen und zu verstaatlichen.“ Vgl. CUPE.SCFP, Working Harmoniously on the Earth, CUPE's National Environment Policy. – NUMSA formuliert folgendermaßen: „Wir glauben, dass ein Gerechter Übergang auf der Grundlage demokratisch-gesellschaftlichen Eigentums in den Schlüsselbereichen der Produktion und der Existenzsicherung unter Arbeiterkontrolle erfolgen muss [...]. Ohne einen solchen Ringen um Eigentumsverhältnisse und ohne den Kampf für einen Sektor erneuerbarer Energien in gesellschaftlichem Besitz wird aus dem Gerechten Übergang ein kapitalistisches Konzept für den Aufbau einer kapitalistischen ‚Grünen Ökonomie‘.“ (National Union of Metal Workers of South Africa, Central Committee Meeting, Johannesburg, 11.-14.12.2012.)
- 61 Vgl. z.B. „A People's Manifesto: Our urgent common priorities for a democratic, social, ecological and feminist Europe“, Alter Summit (Gegenipfel), Athen, 7-8.6.2013.
- 62 Patrick Craven, COSATU Policy Framework on Climate Change: Adopted by the COSATU Central Executive Committee, August 2011, COSATU, 19.11.2011.
- 63 Naomi Klein, Why Unions Need to Join the Climate Fight, Speech at the founding convention of UNIFOR, in: „New Statesman“, Oktober 2013.



TUED is a global community of unions in partnership with:



Cornell University  
ILR School  
Global Labor Institute

**THE WORKER INSTITUTE**  
ADVANCING WORKER RIGHTS AND COLLECTIVE REPRESENTATION

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE